



Kiel, 15. Mai 2019
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 56. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 15. Mai 2019,
im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags (circa 13 Uhr)
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Beginn: 13:00 Uhr

- 1. 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (23. RÄStV)**
Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 13. Februar 2019
[Unterrichtung 19/114](#)

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 25. Februar 2019
[Unterrichtung 19/119](#)

- 2. Reform von Auftrag und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**
Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 5. März 2019
[Unterrichtung 19/122](#)

Ergebnisprotokoll der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 21. März 2019 in Berlin - Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 2. April 2019
[Unterrichtung 19/134](#)

Zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 nahm der Ausschuss einen gemeinsamen Bericht der Staatskanzlei entgegen, an den sich eine ausführliche Aussprache anschloss.

- 3. Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags zwischen dem Bund und den Ländern über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern - Vertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1395](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Um Benennung der Anzuhörenden wird bis zum 29. Mai 2019 gebeten.

- 4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1427](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Um Benennung der Anzuhörenden wird bis zum 29. Mai 2019 gebeten.

- 5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Informationszugangsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (IZG-SH)**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1436](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis Freitag, 17. Mai 2019, anzuzeigen; die Frist für die Abgabe der Stellungnahmen endet am Freitag, 31. Mai 2019. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Vorlage abschließend in seiner Sitzung am 5. Juni 2019 zu behandeln, sodass dem Landtag zur Juni-Plenartagung eine Beschlussempfehlung zugeleitet werden kann.

6. Verschiedenes

Die Vorsitzende erinnerte an das Gespräch mit Politikern und Beamten aus Ghana zum kommunalen Finanzausgleich am Montag, 3. Juni 2019, 15 Uhr. Die Fraktionen werden gebeten, teilnehmende Abgeordnete der Geschäftsführung mitzuteilen.

Schluss: 14:10 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka